

ZEIT-SERIE ZUM 8. MAI 1945, TEIL 4



Nur knapp jeder zweite Rotarmist überlebte die deutsche Kriegsgefangenschaft. Diese Männer aus dem Stalag 326 in Stukenbrock-Senne nahe Paderborn feiern im Frühjahr 1945 ihre Befreiung

Die Namenlosen

In Deutschland vergessen, in Russland verfermt – viele Schicksale der mehr als fünf Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen im Zweiten Weltkrieg sind bis heute ungeklärt. Gedenkinitiativen und Spurensucher in beiden Ländern geben ihnen ein Stück Würde zurück **VON KATJA GLOGER**

N a klar, dröhnt er ins Telefon, er werde den Ort schon retten, dieses Hektar der Erinnerung. Da hat er, Juri Alexejew aus der nordrussischen Stadt Pskow, schon ganz andere Dinge gemeistert. Der ehemalige Fallschirmjäger hat sich mit seiner kleinen Bürgerorganisation »Wahrheitsgetreue Geschichte« dem Kampf um die, ja, Wahrheit verschrieben. Das sei er denen schuldig, die den Großen Vaterländischen Krieg durchleben mussten, sagt er, den Angriff der Deutschen, die im frühen Sommer 1941 auch Pskow eroberten. In einem Lager mit der Bezeichnung Stalag 372 hatten sie Sowjetsoldaten eingepfercht, Kriegsgefangene. Stacheldraht, ein paar Baracken, all die ausgezehnten Menschen; Zehntausende, ein Menschenmeer. Im Lauf der Kriegsmomente verschwanden sie. Niemand wagte zu fragen, wohin. Und doch wusste man es.

Auf dem ehemaligen Lagergelände haben Investoren mit guten Beziehungen zur »Macht«, wie man das in Russland nennt, zwölf Wohnblocks mit Eigentumswohnungen errichtet. Die Bauarbeiter stießen auf Knochen, Kinder brachten vom Spiel menschliche Schädel nach Hause. Nach Bürgerprotesten ruhen die Bauarbeiten; doch auch das letzte freie Hektar des Geländes soll bebaut werden. »Häuser auf unseren Toren!«, dröhnt Alexejew, »das werden wir nicht zulassen.« Gemeinsam mit Freunden hat er Beweise gesammelt. Karten und Fotos, die er auf eBay aus Nachlässen ehemaliger Wehrmachtssoldaten ersteigerte – ausgerechnet.

Anfang März reichte er einen Antrag bei der Stadtverwaltung ein. Der letzte noch unbebaute Teil des ehemaligen Stalag-Geländes soll zum »Objekt des kulturellen Erbes« erklärt werden. Damit wäre Pskow einer der wenigen Orte in Russland, in denen man an die von der Wehrmacht errichteten Kriegsgefangenenlager erinnern würde. Allein hier, im Stalag 372, starben bis zu 75.000 Rotarmisten. Die offizielle russische Geschichtsschreibung hingegen erzählt fast ausschließlich von Triumph und Helden.

Auch in Deutschland liegt das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen im »Erinnerungsschatten«, wie 2015 der damalige Bundespräsident Joachim Gauck sagte. Dabei gehört ihr Massensterben zu den größten Verbrechen der Wehrmacht. Zwischen 5,3 und 5,7 Millionen Rotarmisten, unter ihnen auch einige wenige Frauen, gerieten nach 1941 in deutsche Kriegsgefangenschaft, um eine genauere Zahl ringen Historiker noch immer. Rund drei Millionen, mehr als jeder Zweite, kamen in deutscher Gefangenschaft ums Leben. Damit sind die sowjetischen Kriegsgefangenen die zweitgrößte Opfergruppe nach den europäischen Juden.

Allein in den ersten sechs Monaten des Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion wuchs die Zahl der Gefangenen auf mehr als 3,3 Millionen. Das Genfer Abkommen über Kriegsgefangene scherte weder NS-Führung noch Wehrmacht: Zu Fuß mussten die Gefangenen den mitunter Hunderte Kilometer weiten Weg zu den Lagern bewältigen, die meist nur aus einem mit Stacheldraht umzäunten offenen Gelände bestanden. Wer zu-

sammenbrach, wurde durch einen Schuss in den Hinterkopf getötet.

In den überfüllten Stalags und Dulags, Stamm- und Durchgangslagern, standen die Gefangenen so eng, dass sie sich kaum bewegen konnten. Es grassierte Fleckfieber, Ruhr und Typhus. Die ohnehin minimale Verpflegung schränkte man in dem von der Wehrmacht »kahl gefressenen« rückwärtigen Heeresgebiet immer drastischer ein. Die Eingesperrten durchwühlten den Boden nach Wurzeln und Würmern; sie aßen Gras und Baumrinde, dann kletterten sie in die Bäume, um die letzten grünen Zweige zu brechen. Immer wieder kam es zu Kannibalismus.

Die zuständigen Wehrmachtstellen nahmen das Massensterben der »unnützen Esser« kalkuliert in Kauf. Vereinzelt Proteste beantwortete der Generalquartiermeister des Heeres Eduard Wagner im November 1941 mit dem berühmten Satz: »Nicht arbeitende Kriegsgefangene in den Gefangenenlagern haben zu verhungern.« Auch in Auschwitz-Birkenau wurden Rotarmisten ermordet: Sie waren die Ersten, an denen die Deutschen die Wirkung von Zyklon B testeten. Mindestens 140.000 Gefangene fielen den verbrecherischen Befehlen der Wehrmachtführung und den »Aussonderungsaktionen« der Gestapo zum Opfer – Juden, Kommunisten, angebliche Partisanen oder »Intelligenzler«.

M it Fortlauf des Krieges stieg in Deutschland der Bedarf an Arbeitskräften. In der Folge fiel Hitlers Verbot, die »slawischen Untermenschen« ins Reichsgebiet zu bringen. Teils in offenen Güterwaggons transportierte man nun Abertausende sowjetische Kriegsgefangene gen Westen. Viele Entkräftete starben noch auf der Fahrt zu den »Russenslagern«, die dem Oberkommando der Wehrmacht unterstanden.

Bald erstreckte sich das deutsche Lager-Archipel auf mehr als 180 Stamm- und Durchgangslagern, in denen die Lebensbedingungen kaum besser waren als in einem KZ. Dazu kamen Hunderte lokale Arbeitskommandos. Die Lager und die Menschen, jeder konnte sie sehen – in Hammerstein und in Trutzthain, in Limburg und in Weiden, in Sandbostel, Bergen-Belsen und Oerbke, in Zeithain bei Dresden, in Nürnberg und Moorburg und auch in Stukenbrock-Senne nahe Paderborn. Das dortige Stalag 326 war mit bis zu 180.000 Gefangenen eines der größten auf dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik.

Die Kriegsgefangenen schufteten als Arbeitsklaven im Ruhrbergbau und in Rüstungsbetrieben, meist eingeteilt zur Schwerstarbeit bei ständig steigenden Quoten und sinkenden Rationen. Sie stachen Torf, bauten Straßen und Bunker. Etwas besser waren die Bedingungen in der Landwirtschaft, dort pöpelte man die Männer für die Arbeit auf den Feldern meist ein wenig auf – und ließ sie doch weiterhin an Hunger und Krankheiten krepieren. Hunderttausende kamen so ums Leben.

In der Bundesrepublik verschwand ihr Leiden hinter dem Mythos von der »sauberen« Wehrmacht und dem Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion. Die Lager wurden abgerissen oder umgewandelt. Nur wenige Täter kamen vor

Gericht, kaum einer wurde verurteilt. Beschwiegen wurde auch die Mitwirkung deutscher Unternehmer an der Ausbeutung bis zum Tod.

Kleine Mahnmale, wie sie vereinzelt nach dem Krieg errichtet wurden, galten als »Schandmale«, kritische Fragen als »Nestbeschmutzung«. Der größte Teil des ehemaligen Stalag-Geländes in Stukenbrock-Senne etwa ist heute eine Landespolizeischule. Das frühere Stalag XB im niedersächsischen Sandbostel wurde, zwischenzeitlich als Gewerbegebiet genutzt, erst 2013 zur Gedenkstätte.

In der DDR verhinderte die verordnete Heroisierung der Sowjetsoldaten eine Auseinandersetzung. In der Sowjetunion selbst waren die Kriegsgefangenen von Stalin bereits im August 1941 in seinem Befehl Nr. 270 de facto zu Volksfeinden und

75 Jahre Kriegsende

In den vergangenen drei Ausgaben haben wir den 8. Mai 1945 aus verschiedenen Perspektiven betrachtet (nachzulesen auf zeit.de). Mit diesem Beitrag endet die Serie

Verrätern erklärt worden: Offiziere, die sich gefangen nehmen ließen, hieß es darin, seien als »böswillige Deserteure« anzusehen. Nach dem Krieg musste sich jeder Heimkehrer in Filtrationslagern überprüfen lassen. Viele der rund zwei Millionen »repatrianty« wurden anschließend in Fabriken, im Uranbergbau, in Kohleminen oder Holzfallkommandos erneut als Zwangsarbeiter eingesetzt. Als »Sondersiedler ohne das Recht, den Wohnort zu verlassen«, schickte man sie in entlegene Gebiete Sibiriens oder Kasachstans. Vermeintliche oder tatsächliche »Kollaborateure« deportierte man in die Lager des Gulag.

ANZEIGE

JETZT NEU AM KIOSK



Hier testen: www.zeit.de/zg-heft

Repression und Stigmatisierung schlugen bei den Überlebenden und ihren Familien tiefe Wunden. Die meisten lebten in ständiger Angst vor der Frage: »Wo warst du während des Krieges?« Nach 1945 trauten sich viele nicht einmal, nach offiziell »vermissten« Angehörigen zu suchen. Am meisten schmerzte sie, Opfer zweier Diktaturen, dass man ihnen nicht einmal zum Siegestag am 9. Mai gratulierte. Erst 1995 wurden die Kriegsgefangenen als Veteranen anerkannt. Eine Lobby aber hatten sie nie, auch in Belarus oder der Ukraine nicht.

Selbst im wiedervereinigten Deutschland blieben sie Opfer zweiter Klasse. So erhielten bis 2007 zwar mehrere Hunderttausend zivile Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus Russland und Osteuropa eine kleine finanzielle Kompensation, ehemalige Kriegsgefangene aber waren ausgenommen (sofern sie nicht, wie die allerwenigsten, nachweisen konnten, dass sie in Konzentrationslagern inhaftiert gewesen waren oder man sie in ein ziviles Zwangsarbeitsverhältnis überführt hatte). Ihr Schicksal galt als »allgemeines Kriegsschicksal«. »Alle Bestrebungen, die Kriegsgefangenen in das Programm aufzunehmen, wurden von den Deutschen rigoros abgelehnt«, sagt die Heidelberger Historikerin Tanja Penner. »Damit wurde ihnen die Anerkennung als NS-Opfer verweigert. Es bleibt sehr, sehr beschämend.«

Erst 70 Jahre nach Kriegsende, im Mai 2015, verständigte sich der Bundestag auf eine Geste in letzter Minute. Dazu hatten auch hartnäckige Anfragen der Linken, der Grünen und der SPD beigetragen. Man einigte sich auf einen einmaligen »symbolischen finanziellen Anerkennungsbetrag« in Höhe von je 2500 Euro für die damals noch lebenden 2000 bis 4000 ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen. Nur zwei Jahre hatten die Antragsteller Zeit. 1781 gültige Anträge gingen ein, positiv beschieden wurden gerade einmal 1185.

Umso wichtiger sind die Gedenkarbeiter und Spurensucher, die in Deutschland wie in Russland an einer gemeinsamen Erzählung über alle Grenzen hinweg schreiben. Es sind Bürger wie Juri Alexejew aus Pskow und die Mitarbeiter des Berliner Vereins »Kontakte, Kontakt«, der private Spenden, je 300 Euro, als symbolische Geste verschickte. Im Lauf der Jahre kamen Tausende Antworten, Dankesworte und Lebensgeschichten (ZEIT Nr. 52/15). Die Briefe werden heute im Deutsch-Russischen Museum in Berlin-Karlshorst aufbewahrt.

Vielleicht ist dies das Wichtigste überhaupt: die Opfer aus der Anonymität zu holen. Denn von den mehr als fünf Millionen Gefangenschicksalen ist bislang nur ein kleiner Teil geklärt.

Ende der Neunzigerjahre stießen deutsche Historiker und russische Archivre in Podolsk auf Beuteakten der Roten Armee: mit Bindfäden zusammengehaltene Pappordner aus Wehrmachtbeständen, sogenannte Personalkarten (PK-1). Bis 2014 konnten Informationen zu rund 750.000 Verstorbenen zusammengetragen werden.

Auf dem Höhepunkt der Ukrainekrise 2015 einigten sich die Außenminister Sergej Lawrow und Frank-Walter Steinmeier darauf, die Forschungsarbeit fortzusetzen. Träger des neuen Projekts wurde der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Die

Recherchen, unter Leitung des russischen Verteidigungsministeriums und des Deutschen Historischen Instituts (DHI) in Moskau, blieben gleichwohl ein Balanceakt. Während die Deutschen eine Art Gesamtgeschichte der Kriegsgefangenschaft anstreben, will man es auf russischer Seite eher bei Namenslisten für das von Präsident Putin erwünschte »Archiv aller Gefallenen« belassen. Dafür sollen Akten aus gut 80 Archiven erschlossen und abgeglichen werden. Viele Dokumente allerdings sind bis heute unzugänglich. Dazu gehören die Filtrationsakten des KGB. Bei Anfragen verweist man beim Nachfolgegeheimdienst FSB gern auf den Datenschutz. »Unser Ziel ist die Klärung jedes einzelnen Schicksals«, sagt Andreas Hilger vom DHI Moskau. »Wie es aussieht, werden trotzdem bis zu zwei Millionen Verstorbene namenlos bleiben.«

D och es zählt jeder Name, jeder Ort, jede Erinnerung. Aus einem winzigen Dorf im Ural machte sich vor zehn Jahren die damals 72-jährige Bäuerin Raissa Demjanowa auf die Suche nach ihrem Vater. Ihr Sohn war in Internation nach dessen Namen gestoßen, Pawel Demjanow, verstorben im Stalag 326 in Stukenbrock. Raissa Demjanowa war noch nie im Ausland gewesen, jetzt sammelten die Bewohner ihres Dorfes 10.000 Rubel für die Fahrt ins Ungewisse.

Fünf Tage lang war sie mit Zügen und Bussen nach Deutschland unterwegs. Das letzte Stück ging sie zu Fuß in ihren Pantoffeln aus kariertem Filz; einmal schlief sie am Straßenrand, wo Polizisten sie fanden. Dann stand sie an dem Massengrab, in dem ihr Vater verscharrt worden war. Was er erlitten hatte, ist nur zu erahnen: Als US-Truppen am 2. April 1945 das Stalag befreiten, fanden sie knapp 9000 Männer vor, die sich, wahnsinnig vor Hunger, um eine Handvoll Mehl beinahe zu Tode prügelten.

Raissa Demjanowa weinte um ihren Vater und betete für den Frieden zwischen den Völkern. Sie verteilte Erde aus ihrem Dorf und trug ein wenig Erde aus Stukenbrock zurück in ihre Heimat. Sie hatte wenigstens Gewissheit gefunden.

Wie Raissa Demjanowa bauen auch andere Nachkommen an diesem Versöhnungswerk von unten. Hunderte Anfragen aus Russland erreichen die Dokumentationsstellen; auch Enkel nehmen die Reise nach Deutschland auf sich. Sie bringen Votivtafeln und Kerzen, schwarzes Brot und geweihtes Wasser, um nach orthodoxer Sitte mit den Verstorbenen zu speisen. Viele erfahren erst hier vom Schicksal des Vaters oder Großvaters. Die Registrierungsbilder der Wehrmacht sind für manche die ersten Fotos, auf denen sie ihre Angehörigen sehen können.

Sie blicken auf gequälte Gesichter. Und sind doch voller Dankbarkeit. Sie stehen an den Gräbern, legen Blumen nieder und Erinnerungsstücke. Einmal war es ein kleiner Teelöffel. Er wurde vor dem nächsten Rasenmähen entfernt. So viel deutsche Ordnung muss offenbar sein.

Katja Gloger ist Journalistin und Autorin mehrerer Russland-Bücher. Lange Jahre war sie die Moskauer-Korrespondentin des »sterns«